

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 opbn d

## Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB fordert verstärkten Druck auf die chilenische Militärregierung: Pinochet muß verschwinden.  
Seite 1

Leo Patry MdL kommentiert den Zwischenbericht der Hauff-Kommission: Energiepolitik: Die sozialdemokratische Alternative „Ausstieg ohne Einstieg“.  
Seite 3

Peter Klein zur Rolle der Kommunalpolitik in den Anträgen für den kommenden SPD-Parteitag: Kommunalpolitik - ein wichtiger Teil sozialdemokratischer Reformpolitik. (Teil II)  
Seite 5

41. Jahrgang / 153

14. August 1986

Pinochet muß verschwinden

Das Ausland muß Druck auf das chilenische Militärregime verstärken

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eine Parteinahme der Justiz zugunsten des chilenischen Militärregimes hat eine Gruppe von elf früheren chilenischen Parlamentariern angeprangert. Direkter Anlaß für ihren Vorwurf war, daß auf richterlichen Beschluß 24 Soldaten wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, die unter dem Verdacht verhaftet worden waren, Anfang Juli an der grausamen Verbrennung zweier junger Demonstranten beteiligt gewesen zu sein.

Erneut werden damit Analysen anderer Gruppen und Organisationen - unter anderem der Vereinten Nationen - bestätigt; diese sprechen von einer Aufhebung der Gewaltenteilung und davon, daß die chilenische Exekutive zunehmend weniger der Kontrolle durch die Rechtsprechung unterliege. Auch die Wahlen zu den Colegios Profesionales (berufsständischer Organisationen) im vergangenen Jahr können als Indiz für eine gewisse Komplizenschaft zwischen Teilen der Rechtsprechung und dem menschenrechtsverachtenden Regime gelten. Mehr als 40 Prozent der stimmberechtigten Rechtsanwälte in den Anwaltskammern signalisierten dabei durch ihre Stimmabgabe ein mehr oder weniger offenes Einverständnis mit einem System, in dem nicht demokratisch legitimierte Organe durch ihre Bezeichnung eine Gewaltenteilung vorspiegeln, die in Wirklichkeit immer weniger gegeben ist.

Nach fast dreizehnjähriger Herrschaft des inzwischen 71jährigen Generals Pinochet nämlich werden die katastrophalen Folgen seiner Politik auch im Bereich der Wirtschaft deutlich. Und je mehr die Herrschaft des Militärs damit auch gegenüber wichtigen Sektoren des Bürgertums ihre Legitimation verliert, desto wütender

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
www.sdp.de  
Anwaltskammer



und massiver schlägt eine Diktatur um sich, die sich unter dem Vorwand an die Macht geputscht hatte, die demokratische Staatsform wieder herstellen und das wirtschaftliche Chaos beenden zu wollen.

Nach fast 13 Jahren, und zumal seit der Verabschiedung - und sofortigen Außerkraftsetzung - der wesentlich autoritären Verfassung von 1980 kann von einer auch nur geplanten Rückkehr zu einem demokratischen Staatswesen keine Rede mehr sein. Wann Pinochet überhaupt eine Perspektive hat, dann die einer „geschützten“ Demokratie nach Art einer standesstaatlichen Konsultativ-Monarchie. Wie ein Krebsgeschwür aber wuchert seit dem Putsch der Generäle eine Militarisierung nicht nur des politischen Systems, sondern auch der gesamten Gesellschaft. Und wenn die Wirtschaftspolitik nach den Lehren der „Chicago-Boys“ und ihrer Schüler einen deutlichen Effekt gehabt hat, dann den des Verelendungswachstums. Nach dem falschen Glanz des Booms der achtziger Jahre ist unübersehbar, daß das zunächst gefeierte Wachstum mit einer Entwicklung des Landes überhaupt nichts zu tun hat. Die Konzentration in der Einkommensverteilung, die Zunahme absoluter Armut, die hohe Arbeitslosigkeit und die schwindende Massenkaufkraft höhlen vielmehr die mögliche Basis einer wirklichen Gesundung ebenso aus wie die politische Unsicherheit, die das Regime durch zunehmende Repression und Inflexibilität erzeugt.

Wenn Chile nicht in dem Chaos versinken soll, das Pinochet einst verhindern zu wollen vorgab, dann muß dieses Regime verschwinden. Nur eine wirklich freie und sozial gerechte Demokratie kann die Alternative zur menschenrechtsverachtenden Diktatur der Generäle sein.

Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, dann ist ein wirklicher Zusammenschluß aller Oppositionskräfte in Chile nötig. Eine Spaltung dieses breiten Oppositionsbündnisses, auf die offensichtlich auch gewisse Kräfte in der deutschen Christdemokratie abzielen, stützt die Macht Pinochets.

Notwendig ist aber auch ein deutlicher und wirksamer Druck aus dem Ausland auf das chilenische Regime. Bloße Bekundungen und Ermahnungen, das zeigt sich auch im Falle Südafrikas, haben noch keine Diktatur beeindrucken können. Solange aber Regierungen wie die der USA und der Bundesrepublik Deutschland der Meinung sind, daß Diktaturen wie jene in Santiago letztlich doch die Interessen der freien Welt verteidigen, ist auf eine wirkliche Demokratisierung in Chile nicht zu hoffen.

(-/14.8.1986/st/ks)

\* \* \*



Energiepolitik: Die sozialdemokratische Alternative „Ausstieg ohne Einstieg“

Kommentierende Bemerkungen zum ersten Zwischenbericht der Hauff-Kommission

Von Leo Petry MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie beim Landesvorstand der SPD-Saar

1. Nicht erst seit Tschernobyl empfindet der größte Teil der deutschen Bevölkerung die Atomkraftanlagen als konkrete Bedrohung ihrer Existenz. Viele Bürger glauben nicht, durch eigenes Engagement etwas dagegen ausrichten zu können. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands besteht deshalb die hohe Verantwortung darin, glaubhafte und realisierbare Vorschläge zum Abbau dieser Gefahr zu entwickeln.

Der Zwischenbericht, der vom Parteivorstand eingesetzten Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ ist geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die energiepolitischen Absichten unserer Partei zu erhöhen.

2. Seriös sind die Vorschläge unserer Partei dann, wenn der Abschied von der Kernenergie so konzipiert wird, daß keine neuen strukturellen Umweltbelastungen, keine neuen Abhängigkeiten von Importenergien entstehen und soziale, gesellschaftliche und internationale Friktionen vermieden werden. „Ausstieg ohne Einstieg“ heißt deshalb auch das in Bearbeitung befindliche Energiepapier der SPD-Saar.
3. Das heißt einmal, daß bei Erarbeitung von Vorschlägen sich nicht die Frage stellt, „wer ist der Schnellste“ beim Ausstieg; das Zeitproblem ist in der Kommissionsvorlage so behandelt, daß eine strittige Auseinandersetzung über die Frage „Sofortausstieg“ oder „Ausstieg in Schritten“ vermieden werden kann. Dies ist wichtig, um eine Spaltung innerhalb der Gruppe der Kernkraftgegner nicht entstehen zu lassen.
4. Zur Seriosität sozialdemokratischer Vorschläge gehört auch, daß die Umsetzbarkeit eines Konzeptes in den Zusammenhang mit der Machtfrage gebracht wird. Das heißt, das Konzept muß so angelegt sein, daß auch dezentrale Maßnahmen und Schritte, „Vor-Ort-Lösungen“, möglich sind. Der Bürger wird nur kurzfristig bereit sein, einen Parteienstreit über die Energiepolitik als Ursache für eine völlige Unbeweglichkeit in der Energieversorgungsstruktur zu akzeptieren. In diesem Bereich muß die Kommission ihre Arbeit noch verstärken.



5. Ein weiteres, intensives Nachdenken ist bei dem Komplex „ökologische Folgen des Ausstiegs“ angezeigt. Die Vorgabe solle zumindest die sein, daß die bisher erzielten Emissionsminderungserfolge bei SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> nicht zurückgeholt werden dürfen. Geht man von etwa 150 TWh Kernenergiestrom und einem Substitutionspotential aufgrund von Energieeinsparung von 55 TWh bis 60 TWh durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung aus, so verbleibt ein Rest von etwa 35 TWh. Dieser restliche Kernenergieanteil soll durch eine stärkere Ausnutzung der vorhandenen Kohlekraftwerke substituiert werden. Eine zusätzliche Umweltbelastung wird vermieden, da nur diejenigen vorhandenen Kraftwerke ausgenutzt werden müssen, die bereits entschwefelt beziehungsweise entstickt sind oder deren Entschwefelung oder Entstickung für die nächsten Jahre vorgesehen ist.
6. Auch eine Vertiefung des Kapitels „Internationale Fragen“ ist erforderlich. Die Formulierung „alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten müssen gesucht werden, um weitere Importe von Atomstrom zu verhindern“ kann zu spannenden Überlegungen führen, insbesondere wenn es um die politischen Möglichkeiten geht.

Konkret wird dies beim Atomgiganten Cattenom (5.300 MW) erlebbar sein.

Die Cattenom-Aussage muß so geändert werden, daß der französische Nachbar ganz klar sieht, daß wir das Anfahren der Anlage nicht akzeptieren.

7. Ich bin sicher, daß sich die deutsche Wirtschaft für ein neues Energiekonzept erwärmen wird, wenn sie die ökonomischen Chancen erkannt hat und einsieht, daß in der Atomwirtschaft kein Geld mehr zu verdienen ist.
8. Langes Hinausschieben des Beginns des Ausstiegs ist gefährlich, weil in der Bundesrepublik im Falle eines Reaktorunfalls die Akzeptanz der Atomenergie sofort auf Null sinken würde, mit dann nicht mehr vorhersehbaren und steuerbaren Konsequenzen. Der Nachbar Frankreich wird in einem solchen Falle mit dem selben Akzeptanzproblem leben müssen, nur dort würde es wegen des bereits 70prozentigen Kernenergieanteils bei der Verstromung chaotische Zustände geben.

Neben den notwendigen Entscheidungen im politischen Raum ist es notwendig, daß die energiepolitischen Absichten der SPD der Bevölkerung einsehbar und glaubhaft gemacht werden.

(-/14.8.1986/vd-ha/st)



**Kommunalpolitik - ein wichtiger Teil sozialdemokratischer Reformpolitik** (Teil II u. Schluß)

Die Zeit der feinen Zurückhaltung der Kommunalpolitiker ist vorbei

Von Peter Klein

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)

Hinsichtlich der Einnahmeverbesserung der Kommunen schlägt der Vorstand der Bundes-SGK nicht nur eine quantitative Erweiterung vor, sondern - was viel wichtiger ist - er formuliert ein Konzept zur strukturellen Finanzverbesserung vor allem für die finanzschwachen Gemeinden. Dieser Vorschlag hat bemerkenswerterweise in den ersten Beratungsrunden des Deutschen Städtetages auch die Zustimmung der Konservativen gefunden. Unter dem Stichwort der Revitalisierung der Gewerbesteuer schlägt der Vorstand der Bundes-SGK nämlich vor, die entstandenen Verzerrungen bei dieser Steuerart durch Neubestimmung der Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer zu beseitigen. Bemessungsgrundlagen sollen hierbei nicht nur wie bisher Ertrag und Kapital sein, sondern in Zukunft auch Lohn, Zinsen, Mieten und Pachten (ein noch zu bestimmendes Verhältnis zwischen diesen Faktoren ist allerdings nötig). Damit wird ein interessanter Weg beschritten, der sich in der Grundüberlegung auf die Konzeption der Wertschöpfungsteuer bezieht, ohne dabei allerdings die Gefahr einzugehen, daß sich, wie bei der Wertschöpfungsteuerbehandlung, alle Länder in der Bearbeitung dieses Vorschlages vornehm zurückzuhalten.

Auch die bisherigen Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgenommen und weiterentwickelt: die größeren Betriebe der selbständig Tätigen sowie die bisher von der Gewerbesteuer befreiten Unternehmen müssen in die Gewerbesteuerpflicht mit einbezogen werden. Ein nicht zu unterschätzendes Problem bleibt nach wie vor die Verteilung des gemeindlichen Einkommensteueranteils. Ob zu Recht oder Unrecht eine Veränderung der Verteilung dieses Steueranteils zwischen den Kommunen an verfassungsrechtliche Grenzen stoßen könnte, sei dahingestellt. Eine Änderung des Schlüssels ist auf jeden Fall geboten, selbst dann, wenn dies möglicherweise einer politischen Übereinstimmung mit der CDU/CSU bedarf.

Erst dieses kombinierte Paket von Ausgabenentlastung und Einnahmeverbesserungen kann die Kommunen instand setzen, die Rolle des reformpolitischen Motors zu spielen. Ohne diese strukturelle Finanzoperation bleibt der von der SPD geforderte Einsatz der Kommunalpolitik nur leerer Wahn. Daß die Finanzsituation der Kommunen heute und mittelfristig immer schlechter und nicht etwa besser wird, erkennt man auch am „räuberischen“ Verhalten der Länder-Finanzminister, auch derer der SPD, wie zum Beispiel im Saarland und in Nordrhein-Westfalen.

Wer der Kommunalpolitik wirklich die wichtige Rolle zuordnen will, wie dies die SPD in ihren Anträgen tut, muß auch bereit sein, die von den eigenen Kommunalpolitikern gemachten Vorschläge zu verwirklichen. Die „zwei Tage der Wahrheit“ hierfür sind die Verabschiedung des Regierungsprogramms der SPD im Oktober auf dem Sonderparteitag und die erste Regierungserklärung des Bundeskanzlers Johannes Rau.

Daß die Kommunalpolitiker sich in der SPD mit einem neuen Bewußtsein melden, liegt nicht etwa an ihrer vermeintlichen Voreingenommenheit für ihren Arbeitsbereich. Vielmehr haben sie erkannt und angenommen, daß sie in Zukunft einen wichtigen Faktor in der Reformpolitik der SPD darstellen sollen. Dabei haben sie aber die Vergangenheit nicht vergessen. Hier sei nur das Stichwort „Ab-schaffung der Lohnsummensteuer“ genannt. Aus diesen Gründen und weil die Kommunalpolitik objektiv das schwächste Glied im staatlichen Gefüge ist, müssen auch über den Tag hinaus grundsätzliche Veränderungen zugunsten der Kommunalpolitik angemahnt werden.

Die neue Grundsatzdiskussion in der SPD gibt dazu Anlaß und Gelegenheit. Der äußerst knappe und naturgemäß abstrakte Abschnitt zur Kommunalpolitik im neuen Grundatzprogrammwurf von Irsee setzt eine Tradition, die schon im „Godesberger Programm“ angelegt ist, fort. Von der Kommunalpolitik wird für das konkrete Leben der Menschen viel erwartet. Ihre politische, und ökonomische Konstitution wird aber nicht konkret und nicht jetzt und nicht hier verbessert. Deswegen werden die Kommunalpolitiker Fragen stellen, in der SPD und über die SPD hinaus. Wenn Kommunalpolitik ein wichtiger Bestandteil von Reformpolitik sein soll, muß auch aus der Sicht des Kommunalpolitikers heraus die „Machtfrage“ gestellt werden. Sie wird viele Schattierungen haben, wie zum Beispiel:

- Einführung einer dritten gesetzgeberischen Körperschaft (3. Kammer) mit Rechtgebungskompetenz beziehungsweise Einspruchsrecht gegenüber Bundestag und Bundesrat für zum Beispiel folgende Felder:
  - Natur, Grund und Boden,
  - Steuern,
  - Gesundheit, Alter,
  - Nichterwerbstätigkeit.
- Völlige Finanzautonomie der Kommunen für ihre eigenen Aufgaben durch Stärkung und Erhöhung der Realsteuern.
- Freistellung der Kommunen von gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Risiken (Dauerarbeitslosigkeit, Pflegefallrisiko, Sozialhilfe).
- Reduktion der staatlichen Aufsicht auf die Rechtsaufsicht gegenüber kreisfreien Städten und Kreisen.
- Materielle Stärkung der Mitwirkung der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung.
- Bürgernähere Veränderung bestehender und zukünftiger Dienstleistungen der kommunalen Selbstverwaltung.
- Alleinige kommunale Verantwortung für den öffentlichen Teil der Wohnungsversorgung bei korrespondierendem Finanzausgleich durch Bund und Länder.
- Neuordnung der kommunalen Verkehrssysteme durch Abgabe der Finanzverantwortung an Bund und Länder und Erhaltung der planerischen und Tarifverantwortung. (-/14.8.1986/st/ks)

\* \* \*

